

diese auch nach dem Sohn-Schlüssel im Aufsichtsrat schwächer vertreten sind als das Kapital (im Verhältnis 5:7), sollen sie zumindest über die Bestellung des Vorstands gleichberechtigt mitbestimmen. Ein paritätisch besetzter sogenannter Präsidial-Ausschuß soll die Vorstands-Kandidaten auswählen.

Die Kommission stellte der Bundesregierung darüber hinaus anheim, anders als im DGB-Modell bei der Bestimmung der Mindestgröße von Unternehmen, für die diese erweiterte Mitbestimmung gelten soll, auf Umsatz und Bilanzsumme als Maß-Zahlen zu verzichten und statt dessen allein von der Zahl der Beschäftigten auszugehen.

Einige Professoren, so der Bericht der Kommission, waren sogar der Meinung, die Regierung könne weitergehen als der DGB und die neue Fünf-Zwölftel-Mitbestimmung schon bei Betrieben mit tausend Arbeitnehmern zur Pflicht machen. Ginge der Bonner Gesetzgeber auf den 1000-Mann-Vorschlag ein, so müßten über die von den Gewerkschaften anvisierten 393 Großunternehmen hinaus weitere 850 Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung ihren Aufsichtsrat umbauen.

Schon deshalb ist sicher, daß die 20 Vorschläge der Biedenkopf-Kommission, die dem Parlament demnächst als offizielle Drucksache zugeleitet werden sollen, die mühsam abgelöschte Mitbestimmungs-Diskussion wieder anfachen werden.

Den schwersten Stand in der Auseinandersetzung um das Gutachten wird wegen seiner Bündnispflichten gegenüber der FDP Regierungschef Willy Brandt haben. Der Kanzler der inneren Reformen muß — aus Rücksicht auf den Koalitionspartner — trotz der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Mitbestimmung weiter die Reform-Bremse treten.

SCHNEZ-STUDIE

Viel Tinnel

Die Schlachtordnung war schief: Sozialdemokraten zürnten dem Parteifreund Helmut Schmidt, Militärs schmeichelten ihrem Oberbefehlshaber.

Ein Hardthöhen-General ließ sich am letzten Montag zu dem Lobspruch herab, der die Halbrechts-Position Schmidts im Konflikt um das Heeresprogramm für eine strammere Ordnung von Volk und Armee auf kompromittierende Weise umschrieb: „Unser Minister ist dabei, sich einen guten Namen zu machen.“

Der Spitzname beim Schnellstart zu seiner parlamentarischen Karriere war „Schmidt-Schnauze“. Nach seinem milden Urteil über das fatale Selbstzeugnis des Heeres-Inspektors Albert Schnez gab es eine neue Kombination: „Schmidt-Schneze“. Und auf dem Scheitelpunkt der Schnez-Krise drohte sich zu bestätigen, was ihm in seinem

Wahlkreis Hamburg-Bergedorf längst anhing: „Schmidt-Noske“.

Gustav Noske, der einzige SPD-Wehrminister („Einer muß ja der Bluthund sein“) vor Schmidt, hatte 1919/20 bei den Generalen der Reichswehr etwas zu heftig um Sympathien geworben, keine Gegenliebe gefunden und war am Widerwillen seiner Genossen gescheitert.

Helmut Schmidt dagegen entkam zunächst noch einmal unversehrt dem Schnez-Dilemma zwischen Armee und Partei —

▷ dank dem starken Arm des Vorsitzenden Willy Brandt, dessen Autorität die SPD-Kritiker verstummen ließ, und

▷ mit sanftem Tadel an der Heeresführung, den die Zeitungen prompt zur „Ehrenerklärung“ umdeuteten.



Generalleutnant Schnez: Lob vom Staatssekretär

Schmidt: „Es ging nicht um die Ehre von Schnez, es ging um seine politische Gesinnung; über die politische Intelligenz und das Niveau habe ich nicht zu richten.“ Pauschal: „Die Schnezens sind doch allesamt gute Demokraten, so wie sie es verstehen. Die kann ich doch nicht dauernd in den Hintern treten.“

Zu welchen Bocksprüngen diese Spezies von Demokraten neigt, hatte Schmidts Amtsvorgänger Gerhard Schröder offenbar nicht geahnt, als er im letzten Mai den Führungsstäben von Heer, Luftwaffe und Marine auftrag, Inventur zu machen und Reformpläne vor allem für das Wehrrecht zu entwerfen — „ohne Rücksicht auf die Gesetzeslage“ und ungeachtet der „politischen Durchsetzungsfähigkeit“.

Schon im Juni war das Werk vollbracht. Die Marine lieferte drei, die Luftwaffe neun, das Heer 68 Seiten ab. Nicht nur der Umfang der Heeresstudie verblüffte den Sachbearbeiter im

Führungsstab der Streitkräfte, der aus dem Rohmaterial der drei Beiträge eine Endfassung für die Spitze des Hauses verfertigen sollte: „Was das Heer schickte, hat mich in verschiedensten Punkten nachdenklich gestimmt.“

Die Urheber des absonderlichen Textes gaben sich absatzweise zu erkennen. Der Löwenanteil kam auf die Brigadegenerale Wolfgang Schall, Unterabteilungsleiter „Führung“ im Heeres-Stab, und Heinz Karst, Erziehungswart im Heeres-Truppenamt.

Karst, tonangebend in katholischen Offizierzirkeln, Mitstreiter in der kirchlich-konservativen Thomas-Morus-Akademie, verriet jahrelang mit viel Vokabelqualm die Ursprünge seiner romantischen Gefühls- und Denkart: Jugendbewegung und Stefan George. Seine Sehnsucht trachtet nach

dem „kämpferischen Soldaten“ aus großer Zeit.

Noch einfacher, doch auch härter gebärdet sich Schall, der erst 1955 aus Sowjet-Gefangenschaft heimkehrte und heute noch in jedem Andersdenkenden ein „rotes Trojanisches Pferd“ („Stuttgarter Zeitung“) zu erkennen wähnt.

Zunächst Referent für „Geistige Rüstung“ im Bundeswehr-Führungsstab, animierte er den damaligen Generalinspekteur Friedrich Foertsch gegen den „Stalingrad“-Drehbuchautor Claus Hubalek zu einem Ausfall, für den Foertsch sich dann schriftlich entschuldigen mußte.

Schalls Entwurf für die Dienstvorschrift „Geistige Rüstung“ landete im Papierwolf; die Stabskameraden nennen ihn seither den „Kalten Krieger“.

Vor der „Allgemeinen Offiziergesellschaft Zürich“ beklagte er 1963 den „Terror“, den Westdeutschlands „Linksintellektuelle“ durch Presse, Rundfunk und Fernsehen ausüben und rügte, daß sie dabei „der bolschewisti-

„NATÜRLICH NICHT SUI GENERIS“

Auszug aus „Welt am Sonntag“

In „Welt am Sonntag“ schrieb der Militär-Experte des Blattes, Reservehauptmann der Bundeswehr Gerd Scharnhorst, zur Schnez-Studie unter anderem:

Worum geht es? Im Auftrag ihres damaligen Ministers Schröder haben sich einige Militärs, darunter die Generale Grashey und Karst, aus dem Führungsstab des Heeres hingezogen und Vorstellungen aufgeschrieben, die von der Truppe an sie herangetragen worden sind. Diese Denkschrift ist also nicht heute, nicht gestern, sie ist vorgestern entstanden. Sie wurde verfaßt von Generalen, die sich gewiß verdient gemacht haben, die jedoch vor mehr oder minder langer Zeit über die Truppe hinaus avanciert sind und nun darum gebeten wurden, eine Art von Memoiren zu schreiben. Und das ist so eine Sache: Manches stimmt, manches stimmt ein bißchen, manches könnte stimmen, manches stimmt überhaupt nicht.

So und nicht anders ist es mit diesen „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres“. Generalleutnant Schnez, ein ohne Zweifel verdienter Offizier der Bundeswehr, hat dieses Werk unterzeichnet. Das spricht für seine Courage, nicht jedoch für seine Fortune oder gar für Weitsicht. Denn die meisten der in dieser hochgespielten Denkschrift vertretenen Thesen sind „alte Hüte“, etliche der Leitsätze widersprechen schlicht den Tatsachen, den Gesetzen, andere sind irrelevant.

Beispiel: Natürlich ist Soldatsein nicht eine Aufgabe sui generis, also eine einzigartige, besondere. Es sei denn, man wolle das auf jeden Beruf beziehen. Die Bundeswehr ist nach dem Willen des Gesetzgebers keine Klasse für sich, keine Gemeinschaft, die sich vom übrigen Teil der Gesellschaft abhebt. Sie soll im Gegenteil in die Gesellschaft integriert werden — auch nach den Vorstellungen der Verfasser dieser Studie...

Zur Praxis: In dieser Woche habe ich mich in der Truppe umgesehen. Ich habe Fragen gestellt und Antworten bekommen. Die Antworten aus dem Süden waren bis aufs Haar kongruent mit denen aus dem Norden.

Meine erste Frage lautete: Stimmt es, daß „die Kampfkraft des Heeres trotz moderner und kostspieliger Rüstung, trotz eines beachtenswerten Budgetanteils vor allem im letzten Jahr stark abgesunken ist“, wie es in der Denkschrift behauptet wird?

Die Antwort eines Generals aus Süddeutschland, der für „Welt am Sonntag“ in seiner Division eine exakte Umfrage veranlaßt hat: „Nein, das stimmt nicht! Die

Kampfkraft in dem von mir zu überblickenden Bereich ist im vergangenen Jahr gestiegen. Wir haben den Eindruck, daß die Entwicklung nach oben geht.“

Der General zählt als Beweise dafür auf:

- ▷ Struktur und Ausbildung wurden verbessert;
- ▷ Materialerhaltung, Ausbildungsstand und Technischer Dienst sowie das Gesamtkönnen sind eindeutig besser geworden;
- ▷ die Disziplin hat sich verbessert;
- ▷ Entlassungen von Soldaten aus disziplinären Gründen sind stark abgesunken;
- ▷ die körperliche Verfassung der Soldaten ist angestiegen;
- ▷ Kriegsdienstverweigerer beeinträchtigen die Kampfkraft unserer Verbände nicht;
- ▷ die Weiterverpflichtungen sind angestiegen.

Der General: „Die Truppe ist nicht so schlecht wie ihr Ruf.“ In der Tat ein verblüffender Gegensatz zu der in der Studie vertretenen Auffassung.

Im Dienstzimmer des Stellvertretenden Kommandeurs einer norddeutschen Panzerdivision frage ich: „Ist die Kampfkraft des Heeres im vergangenen Jahr gesunken?“

Klare Antwort: „Nein!“

Ich sprach mit jungen Offizieren. Einer von ihnen sagte klipp und klar: „Ich bin der Meinung, daß der Soldatenberuf ein Beruf ist wie jeder andere. Soldaten und zivile Bürger können sich nur darum bemühen, Konflikte nach Möglichkeit gewaltlos auszutragen. Ich halte es für bedenklich, eine soldatische Leistung aus den Jahren 1871 oder 1943 als gültige Tradition bei uns aufzunehmen, wenn die damit verbundene gesellschaftspolitische Verantwortung nicht auch gewertet und geprüft wird. Die Wehrmacht hat sicherlich tapfer gekämpft, aber unter einer politisch verwerflichen Führung. Viele der militärischen Führer haben das zu spät erkannt. Das können nicht unsere Vorbilder sein.“

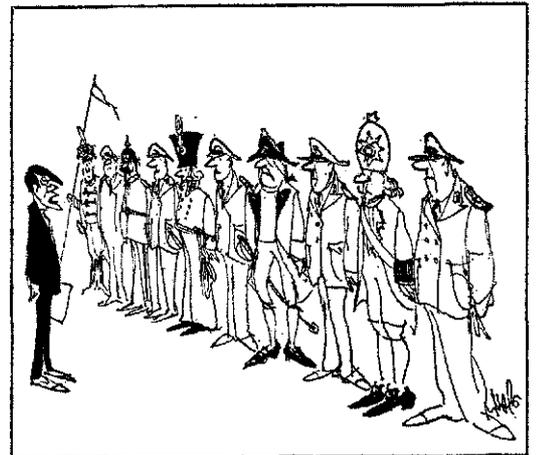
Wie gesagt: An der Studie der Generale ist sicher einiges richtig. Etliches ist weltfremd. Das ist nun mal die Eigenart von Theorien. Es kommt jetzt nicht darauf an, Militärs, die auf Wunsch ihres Ministers eine Meinung geäußert haben, mit Steinen zu bewerfen. Es kommt darauf an, diese mit den Tatsachen zu vergleichen. Es kommt darauf an, daß der verantwortliche Minister Argumente und Gegenargumente abwägt und seine Entscheidungen trifft. Es gibt keinen Zweifel daran, daß Helmut Schmidt das tun wird.

schen Infiltrationstechnik in die Hände arbeiten“.

Ghostwriter Schall und Karst waren es, die schließlich „dem Schnez ein Ding zur Unterschrift vorgelegt haben, das man wirklich nicht machen kann. So etwas kommt dabei heraus, wenn man mit Emotion an die Sache herangeht und dann auch noch demagogisch formuliert“ (ein Bonner Ministerial-General).

Generalinspekteur Ulrich de Mai-zière begriff sogleich, wieviel Pulver in der Schnez-Studie angehäuft war. Vorsorglich gab er das Papier an den damaligen Verteidigungs-Staatssekretär Karl-Günther von Hase mit einem Begleitschreiben weiter, in dem er sich distanzierte und speziell von Verfassungsänderungen, die der Heeres-Stab empfahl, ausdrücklich abriet.

Hase freilich empfand keine Skrupel. Per Aktenvermerk belobigte er vielmehr die voluminöse Fleißarbeit. Dennoch blieb man im Führungsstab der Streitkräfte darauf bedacht, daß in



Kölnischer Stadtanzeiger

„Die Auffassungen über die Grundsätze der Inneren Führung scheinen mir immer noch sehr unterschiedlich zu sein, meine Herren!“

der definitiven Ministervorlage „von Schnez nichts wiederzufinden“ war.

Der erste Entwurf für dieses Gesamtkonzept zur Anpassung der Inneren Führung kam im August zustande. Und damit wurde der Heeresbeitrag zu den Akten gelegt, sozusagen abgebucht, Makulatur.

Minister Schmidt, der Anfang Dezember gelegentlich der Nato-Konferenz in Brüssel von den Bonner Schnez-Enthüllungen hörte, konnte sich den Aufruhr nicht erklären: „Ich kenne keine Studie.“ Als dann machte er einen Fehler, der gemeinhin nur Mutwilligen passiert.

Schmidt reaktivierte das schon fast vergessene Schnez-Pamphlet, erhob es zum „Zwischenmaterial“ für die „erste kritische Bestandsaufnahme“ — und stand unversehens in der Feuerlinie.

Karl Wilhelm Berkhan, Schmidts Parlamentarischer Staatssekretär: „Wenn ich Minister gewesen wäre, hätte ich gar nichts gesagt.“

FDP-Wehrexperte Fritz-Rudolf Schultz: „Ich hätte den Heeresleuten

klargemacht: „Was ihr geschrieben habt, ist kalter Kaffee!“ Und dann hätte ich das ganze Dings schnell eingestampft.“

Nach Weihnachten erholte sich Schmidt mit Ehefrau Hannelore („Loki“) und den befreundeten Berkhan unter sardinischem Himmel. Generalinspekteur de Maizière, dessen Stellvertreter, Generalleutnant Herbert Büchs, und Personalgeneral Konrad Stangl waren mit ihrem Rat zur Stelle, als am vorletzten Montag die Ordonnanz ein Fernschreiben des Ministeriums mit den SPIEGEL-Artikeln zum Thema Schnez ins Urlaubsquartier brachte.

Oberbefehlshaber Schmidt faßte einen ganzen Entschluß: Ab nach Tunis zum Kanzler und dann schleunigst zurück nach Bonn.

Urlauber Brandt empfing am Mittwoch und versprach Beistand. Tags darauf, vor dem Start heim an den Rhein, ließ Schmidt den Spitzgeneralen des Heeres, die in Bonn zur Routine-Konferenz bei Inspekteur Schnez versammelt waren, telephonisch ausrichten: „Die Herren möchten auf den Herrn Minister warten, auch wenn es spät wird.“

Abends um neun dann bat Schmidt die Heeresführer zu sich. Es gab Tee; wer erkältet war, bekam Rum dazu. Die Generale, sämtlich an der Produktion der Studie beteiligt, bekannten sich zu deren Tendenz, nicht zu allen Details. Der Minister attestierte ihnen Loyalität und Gehorsam. Eine halbe Stunde vor Mitternacht war der Generalappell ausgestanden.

Schmidt hinterher: „Ich habe keinen Augenblick daran gedacht, Schnez oder sonst wen zu entlassen.“

Die Forderung nach eben solchen Konsequenzen kam vorletztes Wochenende aus der Provinz, von Linken und Linksliberalen, denen die Offenbarung der Heeresmentalität Schrecken eingejagt hatte. Den Schnez-Sturz verlangten



Führungsgeneral Schall
„Unser Minister ist dabei ...“



Verteidigungsminister Schmidt
„Allesamt gute Demokraten“

- ▷ SPD-Bundestagsabgeordneter Erwin Horn, Oberstudiendirektor (Deutsch und Geschichte) im hessischen Nidda: „Wer Staat und Gesellschaft mit einseitig militärischen Kategorien wertet, ist fehl am Platz“;
- ▷ SPD-Landesvorsitzender Jochen Steffen in Kiel: „Eine Organisation von Politik und Ceesellschaft nach den Bedürfnissen der Militärs widerspricht dem Text und dem Geist unserer Verfassung“;
- ▷ die Hamburger Jungdemokraten, die überdies Schmidts Demission beehrten: „Die Verbreitung militärfaschistischen Gedankenguts à la Papadopoulos kann nicht mehr bis zum nächsten Versetzungstermin geduldet werden“;
- ▷ der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD: „Der Versuch, die Kampfbereitschaft der Bundeswehr über die Verfassung zu setzen, beweist, daß der gegenwärtige Inspekteur des Heeres nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht“;
- ▷ Wehrreformer Wolf Graf Baudissin, Generalleutnant a.D.: „Sind Leute, die derartig argumentieren und so etwas unterschreiben, im Jahre 1970 noch richtig auf ihrem Posten? Eine weltfremde Studie, die überhaupt nicht diskutabel ist.“

In gutgelaunter Kabinettsrunde nahm Kanzler Brandt am letzten Dienstag den Verteidigungsminister, der sich von Berkhan vertreten ließ, unter seine Fittiche: „Kollege Schmidt hat mir gesagt, diese Studie enthält Plausibles und viel Tinnel. Der ganze Dreck lohnt aber keine Generalskrise.“

Allerdings, so witzelte Brandt, sei Schnez „gesellschaftspolitisch wohl nicht in der Lage — Herr Scheel, das muß ich nun zu Ihrem Bedauern sagen —, der Truppe linksliberales Gedankengut beizubringen“.

FDP-Vizekanzler Walter Scheel: „Ich nehme das mit größtem Schmerz zur Kenntnis.“

Berkhan machte sich Mühe, dem Kollegium die nach Schmidts Meinung „diskussionswürdigen“ Schnez-Passagen nahezubringen. Zwischenruf Scheels: „Ihr Minister ist aber offensichtlich auch nicht linksliberal.“ Berkhan: „Nein, der ist ein Linkssozialer.“

Brandt prustete los, Finanzminister Alex Möller schlug sich vor die Stirn. Der Fall ging unter im Kabinettsgeplätscher.

Am Dienstagnachmittag, vor der SPD-Bundestagsfraktion, konnte der Kanzler den Wehrchef herauspauken, ohne daß Widerspruch laut wurde.

Schmidt imponierte den Kollegen sogar, und zwar mit fixem Kunstgriff: Generalmajor und Schnez-Vize Hellmut Grashey habe trotz seiner wüsten Entgleisung vor der Hamburger Führungsakademie im letzten Frühjahr mit Schröders Freibrief in der Tasche bei der Studie die Feder geführt. Aber er, Schmidt, sei schon vor seinem Amtsantritt eisern entschlossen gewesen, Grashey nicht mehr neben Schnez zu dulden: „Der Herr ist inzwischen pensioniert.“ Es gab Beifall. In Wahrheit hatte sich Grashey: Mittäterschaft auf Randbemerkungen im Stil von Preußens Friedrich beschränkt.

Aber Grasheys rhetorische Holzhackerei von Hamburg war zweifelsfrei auf demselben Nährboden gediehen wie die Schnez-Studie. Reformgraf Baudissin damals: „Das ist die Gesinnung in der Heerespitze.“

In Bonn lief letzte Woche die Heeresparole um: „Mit Schmidt vereint können wir alles machen.“

Währenddessen warnt der SPD-Abgeordnete Karl Wienand, erfahrener Militärpolitiker und Geschäftsführer seiner Fraktion, vor neuem Noske-Risiko: „Auf der Hardhöhe sitzen bestimmte Generale, die es auf Provokation und langfristig auf den politischen Konflikt angelegt haben.“



Erziehungsgeneral Karst
... sich einen guten Namen zu machen“